

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Ercheint wöchentlich zweimal und Mittwoch Sonntags (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Ferngeschäft, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Beilagenenteil 15 Goldpfennig, einseit. Anzeigen. Sonntags und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher gegeben.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbehold.

Nr. 14.

Mittwoch, den 18. Februar 1925.

28. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Denkschrift der Reichsregierung über die Ruhrrentschädigungen ist veröffentlicht worden.
- * Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien haben sich durch die Besetzung eines Handelskrieges verschlechtert.
- * Reichskanzler Dr. Brücker sprach in Königsberg über die politischen Fragen des Ostens und bezog sich dann nach Marienburg.
- * In Berlin fand die diesjährige Hauptversammlung des Reichsländersbundes statt.
- * Auf der Inghäusstraße „Minister Stein“ bei Dornum sind die letzten Totensopfer der Katastrophe geborgen worden.

Die Wacht im Osten.

Der an Unmöglichkeit für seine Verfallener Vertrag hat das Unmöglichkeit geleistet bei der Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse im Osten. Der Vertrag ist ein Akt, der die Einwirkung polnischer Zünge nur wenig mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung nicht man hat außerdem weitere Unmöglichkeiten in der Gründung der drei Reichsländer des Baltikums geschaffen, die nur durch Anlehnung an irgendeine größere Macht bestehen können. In besonders schwieriger Lage ist aber Deutschland dadurch, daß Ostpreußen zu der einzigen deutschen Kolonie geworden ist, die nun in noch viel stärkerer Weise, als das schon früher der Fall gewesen ist, Einwirkungen nach Osten auszuüben vermag. Das gilt vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete. Königsberg ist weit mehr als die weiter nördlich gelegenen Ostpreußen der Umschlagplatz für den Handel bis tief nach Osten hinein.

Man hat das in Ostpreußen, namentlich in Königsberg erkannt und seit einigen Jahren dort die Ostmesse eingerichtet, die nicht bloß die Aufgabe hat, von Osten aus Waren über das deutsche Wirtschaftsgebiet zu bringen, sondern nicht minder wirtschaftspolitisch nach innen neuen Staatsgebilden und nach Ausland hin zu wirken. Das betonte der Reichskanzler Dr. Brücker, der zusammen mit dem Reichswirtschaftsminister nun auch den deutschen Osten besucht hat, um der Eröffnung der Ausstellung beizuwohnen. Zuerst ist aber nicht nur auf diese Wirtschaftstragen eingegangen, sondern auch auf die politischen Fragen des Ostens, vor allem auf die der ostpreussisch-polnischen Beziehungen. Bekanntlich ist im Berliner Vertrag ausdrücklich bestimmt worden, daß Deutschland von Ostpreußen her einen Zugang zur Weichsel haben sollte, die allerdings grundsätzlich zum polnischen Strom gemacht wurde. Was bisher in den Verhandlungen über diesen Zugang zur Weichsel erreicht worden sei, mußte als durchaus unbefriedigend bezeichnet werden. Die politische Regierung habe bei Krüger endlich eine Anlagestelle bewilligt, könne sie aber wegen der verhältnismäßig nur wenig Interesse hat, weil unter dem Druck eben nur deutsches, aber kein polnisches Land stehen würde.

Auch auf die Memel-Frage ist der Reichskanzler eingegangen. Auf diesem Gebiet hat der Völkerrund versagt, und der Übergang, den sich Litauen mit der Weichsel des Memellandes erlaubt, ist ebenso ungerächt geblieben, wie beispielsweise die Wegnahme Wilmas durch Polen. Hier hätte der Berliner Vertrag den durch gar nicht so entzweiten Memelländern die Autonomie zugesagt; davon ist infolge Zugriffs Litauens nichts übrig geblieben. Man hat die Volkvertreterung zum Teufel gejagt und richtungslos alles zerstört, was für eine engere Beziehung mit Deutschland eintrat. In diesem Zweck hat man auch in die litauischen Verhältnisse tief eingegriffen und alle widerstrebenden Faktoren einfach abgelehnt. Dr. Brücker erinnert an die Aufgabe des künftigen Ministerpräsidenten, daß er wenigstens ein Gesetz über die Aufgaben im Memelland heranzubringen will, oder auch hier diese das Ziel der deutschen Politik, durch Verhandlungen mit Litauen auf eine halbtägige lokale Durchschiebung der Autonomie, insbesondere auf halbtägige Ausweisung der Weichsel hinzuwirken.

Unsere Beziehungen zu Sowjetrußland — das stellte der Kanzler fest — sind nur wirtschaftlicher Natur. Bekanntlich haben wir seit längerer Zeit mit Moskau in

Handelsvertragsverhandlungen, die freilich angesichts der staatlichen Verhältnisse in der Sowjetrepublik außerordentlich schwierig sind. Allerdings teilte der Kanzler noch mit, daß wir auch mit Polen in derartigen Verhandlungen stehen. Voraussetzung eines befriedigenden Erfolges sei aber, daß Polen endlich den in diesem Lande wohnenden Deutschen gegenüber eine etwas andere Haltung beweiße, also von der absolut deutschfeindlichen Politik endlich einmal Abstand nehme. Auch Polen gegenüber hat uns der 10. Januar dieses Jahres von moderner Fesseln befreit und wenn wir natürlich auch bereit sind, mit Polen zu einer vernünftigen handelspolitischen Einigung zu kommen, so werden wir auch diesem Lande gegenüber nur auf dem Standpunkt gegenseitiger Selbstbegünstigung verharren, was für Polen die besten Einfuhr in Polen ja außerordentlich bedauerlich wird, vielleicht sehr schmerzhaft sein mag, aber für uns unerlässliche Bedingung ist. Polen kann sich überhaupt wirtschaftlich den Luxus gar nicht leisten, sich in eine Kampfstellung Deutschland gegenüber zu begeben; was dabei herauskommt, sieht man am Zusammenbruch der polnischen Textilindustrie und der ostpreussischen Wirtschaft. Was sie, wie der Kanzler ausführte, von einem solchen guten Willen Deutschlands gegenüber wenig zu erwarten, Deutschland sei wieder einmal genötigt, an Polen eine Note gegen die polnische Unterdrückung auszusprechen. „Ich grüße die Wacht im Osten“, so schloß der Reichskanzler seine Ausführungen, denen der Reichswirtschaftsminister noch eine Darlegung unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Kreditlage folgen ließ. Wenig mehr als 10 Jahre ist es her, daß Ostpreußen durch die Hinberung endgültig von der russischen Weichsel erlöst wurde, die über dieses deutsche Land hinwegzuströmen wollte. Da wurden die Arme frei zum Wiederaufbau des zerstörten. 700 Jahre steht die deutsche Wacht im Osten; sie wird stehen bleiben und ganz Deutschland hinter ihr.

Ruhrdenkschrift der Regierung Die Entschädigungen für die Ruhr.

Die von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Denkschrift über die Ruhrrentschädigungen ist heute der Öffentlichkeit übergeben und dem Reichstag zugestellt worden. Die Denkschrift befaßt sich in ihren wesentlichsten Teilen mit dem Zeitraum nach der Aufgabe des Ruhrkampfes und umfaßt im besonderen die Reparationsleistungen, welche der Industrie der besetzten Gebiete an Stelle des Reiches durch die sogenannten Mietverträge aufzuerlegt worden sind, und welche diese aus eigenen Mitteln an die Befugnisinhaber ausgeführt hat. Das wichtigste Kapitel ist die entsprechende Schlussfolgerung und Abgeltung der sich daraus ergebenden Reichsverpflichtungen in den Monaten Dezember und Januar.

Die Denkschrift stellt fest, daß die Zahlungen nicht nur den großen Industriegruppen des Ruhrgebietes sowie den anderen bergbaulichen Gruppen des besetzten Gebietes, der chemischen Industrie und der Rheinischfälischen zugestanden worden sind, sondern gleichzeitig auch der großen Anzahl kleinerer und kleinster Gewerbetreibender, soweit sie gezwungen worden waren, für das Reich Reparationsleistungen zu übernehmen oder in anderer Weise durch Maßnahmen der Befugnisinhaber geschädigt worden sind.

Wichtig ist ferner die absolute Klarstellung des Charakters der Rückvergütungen, um die es sich hier handelt. Es handelt sich im besonderen um die nach Einstellung des Ruhrkampfes von der Industrie des als und nach besetzten Gebiete durch den Abschluß der Mietverträge erzwungenen und aus eigenen Mitteln für das Reich ausgeführten Reparationsleistungen. Solche Reparationsleistungen sind neben dem Ruhrkohlenbergbau auch der Braunkohlenindustrie, den Zechen des Aachener Gebietes und der chemischen Industrie aufzuerzogen worden, ungerne die große Zahl der sogenannten mitunabhängigen Verträge fast aller übrigen Wirtschaftszweige des besetzten Gebietes.

Die Denkschrift erinnert daran, daß nach Einstellung des passiven Widerstandes die Reichsregierung grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit erklärte, die Reparationsverpflichtungen wiederanzunehmen, sie war aber dazu finanziell nicht in der Lage. Die Befugnisinhaber bestanden indes darauf, daß die Zahlleistungen, insbesondere die Kohlenlieferungen sofort wieder aufgenommen würden. Nur unter dieser Bedingung konnte die Wiedereröffnung der Wirtschaft von den Befugnisinhabern erlaubt werden. Die Erhebung der wirtschaftlichen Verhältnisse war aber unbedingt notwendig, um das Meer der Arbeitslosen wieder zur Arbeit zurückzuführen und um ange-

hends die separatistischen Tendenzen den völligen politischen Zusammenbruch und die Absonderung der besetzten Gebiete vom Reich zu vermeiden.

Unter diesen Umständen und in der Erwägung, daß eine Gesamtregelung des Reparationsproblems in naher Zeit zu erwarten stand, und damit die Lieferungen alsbald ihr Ende erreichen würden, entschloß sich zuerst die Ruhrkommission zu einer Besetzung der Reparationsleistungen anzunehmen und durchzuführen. Für diese Bereitwilligkeit war aber Voraussetzung, daß die Reichsregierung eine Verpflichtung zur späteren Erstattung der Leistungen übernahm. Die Arbeiterchaft trat in einem Schreiben des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands an die Reichsregierung vom 20. Oktober für die Befreiung dieses Weges ein, da nach ihrer Auffassung sonst das Chaos und die Abschneidung des Rhein- und Ruhrgebietes unermittellich gewesen wäre.

Für die Reichsregierung gab es sich von selbst, der bebrängten Ruhrbevölkerung zu helfen und die sich hier durch das Angebot der Industrie bietende Möglichkeit einer Ordnung der Verhältnisse des besetzten Gebietes mit den letzten Mitteln, die ihr noch zur Verfügung standen, zu fördern.

Unter diesen Umständen entschloß sich die Reichsregierung, den Verhandlungen der Industriellen, vertreten durch die Scherfkommission, unter Führung von Hugo Stinnes, mit der Meinung anzuschließen, die Aufrechnung der übernommenen Lasten auf gewisse Reichsleistungen zu gestatten und für die darüber hinausgehenden Leistungen eine Verpflichtung zur Rückvergütung der vorgelegten Verträge mit der Maßgabe anzuerkennen, daß die Beiträge den Zechen zunächst gutzuschreiben und nach Ordnung der Reichsfinanzen demnach in Anteile über die anderen Zechen verteilt werden. Die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Reichsregierung hierzu wurde auf Grund einer Kabinettsbeschlusses vom 20. Oktober 1923 erteilt.

Die Verpflichtung des Reiches zur Rückzahlung ist also, so heißt es in der Denkschrift weiter, unbestreitbar. Sie entspricht auch durchaus der Gerechtigkeit, weil es sich hierbei um die Begahlung von Reparationsleistungen handelt, die dem Reich zulasten, die aber das Reich in seiner finanziellen Notlage nicht ausführen konnte.

Die Frage war nur, wann und in welcher Weise diese Verpflichtungen am vorteilhaftesten abgeleistet werden sollten. Die Verpflichtung zur Rückzahlung lautete auf Zahlung in Anteile oder in anderer Weise. Eine Abfindung in Anteile brachte der Industrie keine wesentliche Hilfe. Es wäre für die finanzielle und Währungsfrage gefährlich gewesen, wenn größere Mengen der Anteile auf den Markt gebracht werden würden. In Betracht kam die Kapitalfrage des Reiches in diesen Monaten für eine Parabolung günstig. Die Regelung durch Vergleich erschien deswegen gerechtfertigt. Sie hat dazu geführt, daß über 200 Millionen Reichsmark gegenüber dem Betrage erpart worden sind, der hätte aufgewendet werden müssen, um vollen Ersatz der Lieferungen und Schäden zu gewährleisten.

Nach Abzug der bereits früher zu einem großen Teil in E-Schuldenscheinungen geleisteten Rückzahlungen und der seit November 1923 erfolgten Steuerertragungen verblieb noch eine restliche Vergleichssumme von rund 222 Millionen Reichsmark. Auch von diesem Betrage sind noch 110 Millionen Reichsmark durch Übernahme einer Kreditverpflichtung des Bergbaus bei der Reichsbank abgedeckt worden, so daß eine Parabolung von rund 112 Millionen Reichsmark verblieb.

Diese Zahl ist, so stellt die Denkschrift fest, in der Öffentlichkeit bisher wenig bekannt geworden. Es wurde durchweg angenommen, daß jetzt höchstens rund 700 Millionen Goldmark in der an die Schwerindustrie der Ruhr ausgeschüttet worden sind. Tatsache ist, daß es sich bei der jetzigen Schlussabfindung um weniger als ein Drittel dieses Betrages gehandelt hat.

Es bestand noch die Schwierigkeit, daß sich eine schnelle Abfindung nicht auf dem Wege der ordentlichen Gesehgebung durchführen ließ —, da der Reichstag aufgelöst und die Regierung sich in Demission befand. Den neuen Reichstag abzurufen und die entsprechenden Gesetze einbringen, hätte eine Verzugzeit um Monate bedeutet, durch die der Reichsfinanzen des Vorteils bedeutender Erparnisse verlustig gegangen wäre.

Um diesen Vorteil für das Reich zu sichern, wurden die Zahlungen auf Grund einer Staatsbeschleunigung vorgenommen. Dabei bestand von vornherein die Absicht, sich später Indemission erteilen zu lassen.

Der Weg der nachträglichen Indemissionseinkholung war, so schließt die Denkschrift, vor allem deshalb geboten, weil der Reichstag früher nicht befragt werden konnte. Eine Behandlung dieser Dinge im Reichstag hätte bei der Einstellung der Reichsregierung nur zu leicht dazu geführt, daß die

wegner ihre Forderungen stark erhöht und noch größere Leistungen aus dem besetzten Gebiet herausgepreßt hätten, als es ohnehin der Fall gewesen ist. Der Antrag auf Zustimmung liegt jetzt vor.

Die preussische Kabinettsfrage.

Berlin, 16. Februar.

Am Mittwoch tritt der preussische Landtag zusammen und bis dahin sollte das Kabinett, das der frühere Reichskanzler Marx bilden will, fertig sein. Ob es nun tatsächlich vor den Landtag treten wird, ist noch immer unsicher, obwohl von einigen linksstehenden Berliner Blättern ziemlich zuverlässige Angaben gemacht werden. Auf die Deutschnationalen scheint Herr Marx nach deren bekannter Antwort auf seine Anfrage nicht mehr zu rechnen und die Deutsche Volkspartei erklärte durch ihren in Silbeseheim weilenden Führer Dr. v. Campe, sie schloße sich der deutschnationalen Stellungnahme an. So nimmt man denn an, daß Marx sein Kabinett wesenlos, wie mehrfach betont, aus Zentrumskadetten und Demokraten zusammensetzen wird. Wie es scheint, sollen von den Demokraten in das Kabinett eintreten die Vgl. Dr. Höpfer-Wisoff als Finanzminister, Vgl. Dr. Creibitz als Handelsminister, vom Zentrum soll ein Vertreter an Stelle von Borhoff Vgl. Dr. Seiger, als Landwirtschafminister Vgl. Dr. Seiger, dem rechten Zentrumslager angehörig, stammt aus Hannover, und es soll daneben der Vgl. Wisoff, geschaffen worden, die Honorarberater auf die Seite der Regierung zu bringen. Als sozialdemokratischer Verbindungsmitglied soll Sebering auf seinem Posten bleiben. Gegen ihn erheben sich von rechts die stärksten Bedenken. Selig ist Marx, ein Kabinett rechtzeitig zu bilden, so würde es sich Mittwoch den Landtag mit einer Regierungserklärung vorstellen und wahrscheinlich eine Billigungsabstimmung verlangen. Über den Ausgang einer solchen Abstimmung herrscht vorläufig ziemlich Dunkel.

Drohender Handelskrieg mit Rumänien.

Deutsches Eigentum beschlagnahmt.

Die Angelegenheit der gespannten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rumänien hat eine starke Zuspitzung erfahren. Die rumänische Regierung hat, deutsches Eigentum in Rumänien mit Beschlag belegt, um angebliche Forderungen aus dem Krieg zu sichern. Man muß damit rechnen, daß deutsche Vergeltungsmaßnahmen begriffen werden.

Deutscher Reichstag.

OB. Sitzung. OB. Berlin, 16. Februar.

Präsident Vöbe machte zuerst die Mitteilung von einem Beschluß des Reichstages. Der Reichstag hat einstimmig der Fortdauer der Reichsverfassung zustimmend Bescheid gegeben. Die Verhandlung über die Reichsverfassung ist dem Reichstag mitgeteilt, daß die Reichsverfassung der Reichsregierung eingegangen ist. Die Beratung des Antrages Müller-Krause (Zog) auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung der Reichsverfassung ist dem Reichstag mitgeteilt, daß die Reichsverfassung der Reichsregierung eingegangen ist. Die Beratung des Antrages Müller-Krause (Zog) auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung der Reichsverfassung ist dem Reichstag mitgeteilt, daß die Reichsverfassung der Reichsregierung eingegangen ist.

Minister des Innern Schiele erläuterte im einzelnen die Anwendung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird. Es handelt sich bei diesen Verordnungen um solche auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten. Unter dem Druck der politischen Lage und infolge der Reichsverfassung, die den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird. Es handelt sich bei diesen Verordnungen um solche auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten. Unter dem Druck der politischen Lage und infolge der Reichsverfassung, die den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

Minister des Innern Schiele erläuterte im einzelnen die Anwendung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird. Es handelt sich bei diesen Verordnungen um solche auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten. Unter dem Druck der politischen Lage und infolge der Reichsverfassung, die den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

Minister des Innern Schiele erläuterte im einzelnen die Anwendung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird. Es handelt sich bei diesen Verordnungen um solche auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten. Unter dem Druck der politischen Lage und infolge der Reichsverfassung, die den Reichspräsidenten ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn die deutsche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.

verleumdung der D. Rohne noch Einzelheiten über die Reichsbahn-Gesellschaft und sagte, trotzdem die Eisenbahnen dem Reich nicht mehr unterstünden, sei doch noch ein großes Arbeitsfeld übrig gelassen.

Am Freitag ist das Haus auf Dienstag.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Steigerung der Steuererinnahmen. Die Steuererinnahmen des Reiches, die sich schon in den letzten Monaten auf etwa 200 Millionen Mark über den Voranschlag gehalten haben, sollen im Januar eine weitere Steigerung, und zwar auf über 700 Millionen Mark erfahren haben. Das würde ein Plus gegenüber dem Voranschlag von 260 Millionen Mark bedeuten. Angesehen davon, daß im Januar wieder verschiedene Vorauszahlungen fällig waren, dürfte die außerordentliche Steigerung in erster Linie auf den guten Ausfall des Weihnachtsgeschäfts zurückzuführen sein.

Gehaltsveränderungen bei der Reichsbahn-Gesellschaft. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hat den Direktoren der Hauptverwaltung Sonderzulagen von 7500 bis 12000 Mark und Dienstfahrerszulagen von 8000 bis 12000 Mark neben ihren pensionsfähigen Bezügen zubehalten. Reichsbahndirektionspräsidenten erhalten 1100 bis 4000 Mark Zulage und Dienstfahrerszulagen von 8000 bis 12000 Mark. Die anderen leitenden Beamten der Hauptverwaltung und der Gruppenverwaltung Bayern, die Vizepräsidenten der Direktoren erhalten zu ihrem Gehalt Zulagen von 1100 bis 4000 Mark und Dienstfahrerszulagen von 2200 bis 6000 Mark. Die Zahl dieser mit Zulagen bedachten Beamten soll zunächst 107 betragen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats sollen 10 bis 20000 Mark erhalten.

Großdeutsche Volksgemeinschaft gegen Wälffischen Bloß. Der Volksgangschuß der Großdeutschen Volksgemeinschaft hat Hitler seine Ämter zur Verfügung gestellt. Hitler hat abgelehnt und den Ausschuß aufgefordert, seine Ämter bis auf weiteres beizubehalten. Der Volksgangschuß veröffentlicht einen Aufruf, in dem er sich stark gegen den Wälffischen Bloß wendet.

Bei den am Sonntag im Lande Braunschweig vorgenommenen Stadtverordneten-, Gemeinde- und Kreisverordnetenwahlen erlangten in der Hansestadt Braunschweig die Sozialdemokraten 13 Sitze, die Kommunisten 2 Sitze, die Demokraten 1 Sitz, die Christlich-sozialen 2 Sitze, die Nationalen 1 Sitz, die Liberale 1 Sitz, die Sozialisten 1 Sitz, die Nationalsozialisten gingen leer aus. Gegenüber den letzten Wahlen haben die Sozialdemokraten 1 Sitz zugunsten der Kommunisten verloren, die Demokraten besitzen 5 Sitze ein, die der Nationalen Einbeisitzige zuzugewonnen sind.

Aus Nr. und Ausland. Berlin. In einer von Hypothekendarleuhilfer- und Spar- und Sparerabgabener Tagung wurde eine Entschliessung angenommen, in der von den Parteien die Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber dem Staat und der Nation betont wurde. Die dritte Steuernotverordnung wurde in der Beratung auf das schärfste bekämpft.

Hamburg. Der bisherige deutsche Vizepräsident in Washington Dr. Wiedefeld, der wieder in die Generaldirektion der Krupp-Werke eintritt, ist mit dem Dampfer „Albert Ballin“ in Cuxhaven eingetroffen und ist nach Hamburg weitergereist. Marienburg. Reichstagsabg. Dr. Luthar traf in Begleitung des Reichswirtschaftsministers Dr. Neubaus und des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen nach hier ein.

Wien. Der Gesundheitszustand des früheren Österreichischen Reichspräsidenten Karl I. von Österreich ist jetzt schon seit einiger Zeit erkrankt ist, hat sich in den letzten Tagen so verschlechtert, daß mit Rücksicht auf das hohe Alter des Patienten und seinen anhaltenden Schwachzustand das Schlimmste zu befürchten ist.

Bergung sämtlicher Opfer „Minister Stein“.

Unter unsäglichen Mühen und großen Anstrengungen ist es den Rettungs- und Bergungsmannschaften gelungen, weitere Leichen freizulegen und zutage zu fördern, so daß alle Leichen freigelegt und zutage zu fördern, so daß jetzt die Zahl der Bergungen 136 beträgt. Aber den Zustand der im Krankenhaus liegenden Verletzten verläuft, daß die Bergung im Bestehen gute Fortschritte macht. Das französische Bureau für Zivilangelegenheiten in Vudum hat das Salzamt für den deutsch-republikanischen Fabrikanten (Schwarz-rot-gold) gelegentlich der Bergung der Opfer der „Minister Stein“ genehmigt. Aus dem gleichen Anlaß ist die Salomabergung der preussischen Landesfarben und der Stadtfahnen gestattet, jedoch auch nur in Verbindung mit den republikanischen Farben. Die alten kaiserlichen Farben sind und bleiben verboten. Der französische Bergarbeiterverband hat für die Opfer der Bergwerkskatastrophe von Dortmund eine Sammlung eingeleitet. Der Allgemeine französische Gewerkschaftsbund hat 1000 Franc nach Dortmund geschickt. Zur Bestattung der Opfer von „Minister Stein“ soll am nächsten Dienstag eine Delegation der Grubenarbeiter von Courrières entsandt werden, zur Erinnerung daran, daß vor 19 Jahren eine deutsche Bergmannschaft bei der großen französischen Grubenkatastrophe Hilfe leistete.

Die Ausgaben sind bisher 3/4 Millionen Mark eingegangen. Um eine gerechte Verteilung dieser Summen zu ermöglichen, ist man jetzt damit beschäftigt, eine Unterfertigungsliste einzurichten, so daß sämtliche Hinterbliebenen der Umgekommenen, gleichviel ob sie einzeln oder beim Waffeneinsatz zu Tode gekommen sind, auf Antrag Unterstützung erhalten.

Der neue Franzsturz.

Maßnahmen der französischen Regierung.

Der französische Staat ist in den letzten Tagen wieder durch den Geldmangel gezeichnet, so daß eine neue Franzsturz in dem Franzsturz begriffen hat. Namentlich in Rembour wurden in den letzten Tagen der vorigen Woche große Mengen des französischen Zahlungsmittels auf den Devisenmarkt geworfen, die den Kurs des Franz ungünstig beeinflussten. Der neue Franzsturz hat in politischen Kreisen in Frankreich eine große Verwirrung hervorgerufen, zumal die finanzielle Lage Frankreichs keine weitere Verschlechterung betragen kann. Der französische Ministerpräsident wird nach Beratungen mit führenden Parlamentariern und Finanziers in einer großen Kammerrede die Maßnahmen antizipieren, die die französische Regierung zur Bekämpfung der Franzsturz unternehmen will. Unter anderem will die Regierung energisch gegen die Steuerhinterziehung vorgehen.

Die Heiratsdenkmal des deutschen Volkvolkes.

Der 5. Reichstagslandtag in Berlin.

In entscheidungsvoller Stunde hatte der Reichstagslandtag am Montag, dem 16. Februar, seine Mitglieder zum 5. Reichstagslandtag in Berlin zusammengekommen. Zugleich trat die Sitzung zu dem 1. Reichstagslandtag über. Schon mehrere Stunden vor Beginn der Berberatung war das gewaltige Amphitheater des Großen Schauspielhauses bis auf den letzten Platz gefüllt. Wichtige Willkürkraft sorgte dafür, daß der Gedankenaustausch zwischen den Reichstagsmitgliedern nicht nur erfolgte unter den Klängen des Heilichbergscher Marsches der Einmütigkeit der Führer des Reichstagslandtages und des Reichstagslandtags. Weit über hundert Redner nahmen an dem Vorkurs des Reichstagslandtages teil. Die Verhandlung zur Erhebung dieses Symbols deutscher Größe in Vergangenheit und Zukunft. Darauf erfolgte der Präsident Graf von Kaltenbrunn die Berberatung mit einer Rede.

Graf von Kaltenbrunn zur Lage.

Nach kurzen Begrüßungsworten gedachte der Redner der Zeiten des Jahres, um sich dem unserer wirtschaftlichen Lage zuwenden. Die wichtigste Aufgabe jetzt das 5. Reichstagslandtag unterer Handelsbilanz. Es gilt die Abzugsfreiheit aus eigener Kraft sicherzustellen. Zur Erreichung dieses Zweckes ist aber ein gelundenes Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher und Produktionsmittel notwendig. Diese Vorbereitung ist aber bisher nicht vorhanden, denn wir leben in einer Zeit der industriellen Schwupst, verbunden mit einem durch Auswühlbarkeit der Wirtschaftsschicht geleitetem Fortschritt. Die Produktion soll in Form von Gütern und Waren auf die Straße gelegt werden.

Der Reichstagslandtag fordert daher die Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Vorkriegspreise und der Steuern gegen die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse. Der erste Grundgedanke unserer Handelspolitik muß sein: Die Förderung der Ausfuhr, die Stärkung unserer Handelskraft. Dazu ist nötig die Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Vorkriegspreise und der Steuern gegen die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse.

Der Reichstagslandtag fordert, daß die Wirtschaft als ein wirtschaftliches Mittel betrachtet wird, und nicht als ein Staatsinstrument betrachtet wird. Voraussetzung für die erforderlichen Steuererleichterungen ist eine eingehende Sachkenntnis in der Verwaltung. Wie wenig gegenwärtig sich die übergebenen Steuern von etwa 13 Milliarden für das deutsche Volk auswirken haben, das beweisen die Entstellungen über Barmot und Genuß. Die Bekämpfung von Barmot und Genuß zeigt die Gefahr des Einflusses von Barmot und Genuß auf den Einkommensteuertarif geworden ist, aber seine völlige Abhängigkeit von der internationalen Weltmarkt nur leicht vermeiden kann. Doch ein solches Mittelmaß des Reichstagslandtages, der Reichstagslandtag soll dem Reichstagslandtag im Kampf gegen die Verfallung der deutschen Wirtschaft. In einem kurzen Blick auf unsere gegenpolitische Lage gestiftete Graf von Kaltenbrunn die französische Politik der Vertragsbrüche und den Kampf um die deutsche Wirtschaft und das deutsche Vaterland schloß der Redner.

Zu einem einwandvollen Verständnis der deutschen Wirtschaft soll Reichstagslandtag gestalte sich nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden des Reichstagslandtages, Graf von Kaltenbrunn, die Rede des Mitglieds des Reichstagslandtages, Graf von Coudes, der, aus dem Westen kommend, wie Präsident Hepp und der weitere Mitglieder des Bundesvorstandes, selbst Bauer ist. Er betonte, daß der Reichstagslandtag nicht nur die größte Anwesenheit Deutschlands, sondern der ganzen Welt ist, eine Tatsache, die keine Nachschäfer der Gegner aus der Welt schaffen können. Von 17 Millionen Weltvölkern abgesehen nicht weniger als 96 Prozent dem Klein- und Mittelstand an. Die Gegner verheißt man eine künftige Zukunft groß und klein, Gutsbesitzer und Bauer, Bauer und Arbeiter zu zeigen, durch jedes Zusammenstehen im Kampf für die deutsche Ernte werden die Interessen aller am besten gewahrt.

Die darauf folgende Ansprache des Vorsitzenden des Reichstagslandtages Schlimm trat unter dem besten Willen der Landtag, sich einzelnen im Kampf für die deutsche Ernte, sich einzeln für das Vaterland in festem Glauben an Deutschlands Zukunft. Die Rede des Reichstagslandtages Wolff zeigte davon, daß der Erntekampf der deutschen Wirtschaft und der Erntekampf des deutschen Landarbeiters ist.

Ein gemaltiger Höhepunkt nationaler Begeisterung wurde die Rede des Nationalrats Dr. Schönauer aus Wien. Die Hoffnung auf Deutschlands Zukunft und Größe, die Sehnsucht nach einem geeinigten Großdeutschland kann nur erfüllt werden durch ein mächtvolles Sieg von Schwarz-rot, um das sich heute alle Vaterlandsliebenden streiten im Kampf sammeln.

Das war die glänzende Perle der Rede, die auslang in ein Hoch auf das neue Deutschland, das von der Verfassung begeistert aufgenommen wurde. Wieder erfüllten die mächtvollen Klänge des Deutschland den gewaltigen Saal und bildeten den würdigen Höhepunkt der Berberatung.

Auch die Berberatung in Abmirtalplatz war lange vor Beginn überfüllt. Präsident Hepp hielt die Eröffnungssprache.

Amtlicher Teil.

Polizeiverordnung

betr. die Fernhaltung jugendlicher Personen von öffentlichen Tanzlustbarkeiten.

Auf Grund der §§ 8 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, sowie unter Bezugnahme auf § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 erwerbe ich mit Zustimmung des Kreisaußenbüros, was folgt:

§ 1. Jugentliche Personen unter 16 Jahren dürfen zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten und den zum Aufenthalt für die Teilnehmer an denselben bestimmten Räumen nicht zugelassen werden.

§ 2. Dieses Verbot erstreckt sich nicht auf diejenigen öffentlichen Tanzlustbarkeiten, welche im Freien abgehalten werden, sowie auf diejenigen, welche gelegentlich des Erntefestes und anderer Volksfeste stattfinden.

§ 3. Wenn dem Verbote des § 1 zuwider jugendliche Personen der bezeichneten Art bei öffentlichen Tanzlustbarkeiten oder in den gedachten Räumen getroffen werden, so trifft den Inhaber des Tanzlokales, sowie den Veranstalter der öffentlichen Tanzlustbarkeit eine Geldstrafe von 1-30 Mk., an deren Stelle im Falle des Unvermögens eine verhältnismäßige Haft tritt.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. April k. Js. in Kraft.

Torgau, den 8. März 1889.
Der Landrat.

Veröffentlicht. Annaburg, den 16. Februar 1925.
Der Amtsvorsteher.

Betriebsverhältnisse

in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Der technische Aufsichtsbeamte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen, Wademann, wird ab Mitte Februar dieses Jahres im hiesigen Kreise die landwirtschaftlichen Betriebsbesichtigungen und die bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft mitversicherten Nebenbetriebe besichtigen.

Die Ortsbehörden erlaube ich, dies sofort in ortsüblicher Weise bekannt zu geben und Herrn Wademann nötigenfalls zu unterstützen.

Torgau, den 11. Februar 1925.

Der Vorsitzende des Kreisaußenbüros.
S. B. Duvoigne u., Regierungsrat.

Vorliegendes wird den Beteiligten hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Annaburg, den 17. Februar 1925.
Der Gemeinde-Vorstand.

Nutzholz-Versteigerung
der Oberförsterei Thiergarten

(Reg.-Bez. Merseburg)

am 27. Februar 1925, von vorm. 9 1/2 Uhr ab im Waldschloßchen zu Annaburg, Bez. Halle.

Försterei Seidemühle, Schlag Zagen 8 a, Aiefer: 256 Stämme II/IV. Kl. = 185 fm. Schlag Zagen 10 b, Aiefer: 305 Stämme III/IV. Kl. = 132 fm.

Försterei Föhrenid, Schlag Zagen 106 c, Aiefer: 601 Stämme I/IV. Kl. = 481 fm.

Försterei Anseufsta, Schlag Zagen 83 a, Aiefer: 509 Stämme II/IV. Kl. = 238 fm. Schlag Zagen 98 c, Aiefer: 1000 Stämme II/IV. Kl. = 492 fm.

Försterei Weufelto, Schlag Zagen 124, Aiefer: 85 Stämme II/IV. Kl. = 52 fm. Schlag Zagen 109, Aiefer: 549 Stämme II/IV. Kl. = 267 fm.

Försterei Thiergarten, Durchforstung Zagen 154, Aiefer: 51 Stämme II/IV. Kl. = 28 fm.

Försterei Brandis, Schlag Zagen 161 b, Aiefer: 631 Stämme II/IV. Kl. = 272 fm. Schlag Zagen 170 a, Aiefer: 293 Stämme II/IV. Kl. = 111 fm.

Veränderungen bleiben vorbehalten. Losversteigerung liefert gegen Schreibegebühr bei Bestellung bis zum 22. Febr. d. Js. Forstmeister Axt in Annaburg Bez. Halle.

Grundstück

zu verkaufen. Nur schriftliche Angebote sind bis zum 26. d. Mts. an mich zu richten.

Kretschmar, Friedhoffstr.

Röhlers Deutscher Kalender
Wand-Kalender

Abreiß-Kalender u. Bloß

Ind noch vorräthig und empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Dixin
Henkel's Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

1/2 Lt nur 50 Pf

Rahma Margarine **buttergleich**

Konfirmanden-Anzüge
Konfirmanden-Kleider
in großer Auswahl

Carl Quehl, Annaburg.

Sonnabend, den 21. Februar,
pünktlich 1 Uhr mittags in Torgau
„Haus der Landwirte“
Kreisbauerntag

Fußball-Abt. „Vorwärts“ Annaburg.
Sonnabend, den 21. Februar d. Js. findet ein
humoristischer Abend
statt, bestehend aus **Konzert, turnerischen Aufführungen, Theater** und **Ball.**
Alle Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen.
Kasseneröffnung 7 Uhr. **Anfang 8 Uhr.**
Der Vorstand.

In den nächsten Tagen versappe ich ein Faß
1922er Oppenheimer Grund.
Die Flasche kostet ca. 1.30 Mk. ohne Glas.
Bestellungen hierauf nehme ich schon jetzt entgegen.
Auch bitte ich, möglichst leere Flaschen dazu zu liefern.
Ferner empfehle ich mein Lager in:
Rotweinen, die fl. von 75 Pf. an.
J. G. Fritzsche.

Mittwoch v. 2 Uhr ab
Fasten-Brezeln.
W. Riethdorf.

Pa. Mast-Ochsenfleisch
allererste Qualität
empfiehlt
Gustav Dubro.

Fahrradhandlung
und
Reparatur-Werkstatt
Annaburg Torgauerstr. 31
Georg Preim.

Wohnungs-Einrichtungen
und **Einzelmöbel**
in jeder Holzart liefert in feinsten Werkstättenarbeit
Wilh. Kunze, Annaburg
Bau- und Möbelfabrikerei, Sarg-Magazin.

Zahn-Atelier
Georg Consentius
saatl. geprüfter Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
Telefon Nr. 23
empfiehlt sich zur Behandlung aller Zahnkrankheiten, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, jede Art künstl. Zahnersatzes.
Behandlung für Armentassen.
Sprechstunden täglich 9-5 Uhr.

Henkel's Scheuerpulver
Ata
putzt, reinigt alles!
Überall zu haben

Nutzholz
jeder Länge und Stärke wird zum
Schneiden zu Brettern, Latzen, Bauholz usw.
übernommen.
Wahlengut Annaburg
Klausenitzer.

Drahtgeflechte für alle Zwecke
Drahtgäme, Zäune und Torwege,
Epalier- u. Gesege-Draht, schwarz
u. verzinkt, alle Sorten u. Stärken,
Drahtkörbe und Ketten.
Einfach-Apparate und Gläser,
eiserne u. Kupfer-Kessel, gußeiserne
und emaillierte Eimer und Töpfe.
Wilhelm Grahl.

Stiliches, sauberes
Mädchen
nicht unter 17 Jahr zum
1. April gesucht.
Frau Meta Franziskus,
Jessen.

Ein anständiges, stiliches
Mädchen
aus guter Familie sucht zum
baldigen Antritt
Frau Superintendent
Hosch, Jessen a. Elster.

Lehrling.
W. Formann,
Schneidmstr.,
Jessen, Alter Hof 34.

Schrankpapier,
genusst, empfiehlt
Herm. Steinbeiß.

Palast-Theater.
Mittwoch und Donnerstag ganz pünktlich 8 Uhr.
Zwei Extra-Abende.
Heinrich Heines erste Liebe.
Film-Singpiel vornehmlicher Art.

Hannemann, ach Hannemann.
(Zur Hofengarten der Liebe).
Film-Operette (zum tollachen).
(nach dem patentierten Verfahren Beck.)
Veräumen Sie ja nicht zu kleinen Vorstellungen zu kommen,
es findet nur eine Vorstellung am Abend statt, da die
Spielzeit beider Singfilme 3 Stunden dauert. Mit-
wirkende: Auswärtige Künstler und Künstlerinnen großer
Bühnen Berlins.
Preis: 1. Platz 0.80, Sperritz 1.20, Loge 1.60 Mk.
Ich bitte um freundliche Unterstüßung.
Frau Anna Meiwald.

Auf Teilzahlung!
Nähmaschinen, Zentrifugen,
Fahrräder, Kinderwagen,
Wäschemangeln.
Ferner empfehle meine **Reparatur-Werk-
statt** sowie **Emallier-Anstalt**
zur gefl. Benutzung.
Fritz Rödler, Annaburg.
Gernau Nr. 53.

Poesie-Albums
in schöner Auswahl empfiehlt **Herm. Steinbeiß.**

Feine Wäsche
zum **Plätten**
nimmt an
Magdalena Förster
Gaswerk.

Rüchenkanten
empfiehlt **S. Steinbeiß.**

Möbl. Zimmer
sofort gesucht.
Angebote an die Geschäfts-
stelle d. Bl. erbeten.

Für die vielen Be-
merke herzlicher Teil-
nahme beim Hinscheiden
unseres lieben kisten
Albert Brandis
sagen wir hiermit allen
unten herzlichsten Dank.
Annaburg, d. 14. 2. 1925.
Albert Brandis
u. Frau.

Gold. Damenuhr
mit Kette auf dem Wege
Annaburg-Naundorf
verloren gegangen. Ab-
zugeben gegen gute Be-
zahlung in der Geschäfts-
stelle d. Bl.

M. G. V.
Mittwoch abend 8 Uhr
Gesangstunde

Statt Karten.
Betriebsleiter **Lutz J. Benda**
u. **Ritschy Payer**
geben hiermit ihre am 21. Februar 1925
in Doderlam stattfindende Trauung höflichst
bekannt.
Annaburg. **Podersam.**

Die Aufwertung.

Obligationen, Sparlassenguthaben, Pfandbriefe, Lebensversicherungen und öffentliche Anleihen...

2) Die Aufwertung. Die Pfandbriefe werden als Hypothekenaufwertung... Der Aufsichtsrat hat sich für die Aufwertung...

Wiederkehrende Leistungen. Die auf Grund einer Metall- oder Rentenfuß g-schuldet werden...

Pfandbriefe. Es handelt sich hier um Hypothekendarlehen... Die Pfandbriefe sind als Hypothekenaufwertung...

Sparlassenguthaben. Die Sparlassenguthaben werden aufgewertet... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Lebensversicherungen. In den Lebensversicherungen werden auch die Inhaberschaften... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

nicht höher, ihre nicht Forderungen lassen. Aufgehoben wird...

Es kann und wird auch vorkommen, daß durch besondere... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Deffentlichkeitsarbeiten von Reich und Ländern... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Deutscher Reichstag.

(22. Sitzung.) OB. Berlin, 12. Februar. Trauerumgebung für die verunglückten Vergleute...

Der Präsident fuhr fort: Nur, wer einmal in irdische... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Ich überließ es nun dem... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Aus dem Barmat-Ausschuß.

Barmat-Ausschuß. Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Die Testamentsklausel.

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER. (Nachdruck verboten.) "Daß uns zum Pressesball gehen, Armin..."

Loren lacht, der sich vernah, sie an seine Armut fesseln zu wollen... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

Er tief den Keller und zahlte... Die Aufwertung erfolgt durch den Aufsichtsrat...

